

## INHALT

Nachrichten 226

Hintergrund 229

Land Brandenburg: Förderung des sozialen Wohnungsbaus ausgeweitet • Fördermittel: KfW-Zuschüsse zu altersgerechten Umbauten jetzt beantragen! • Haus & Grund-Forderung: Nebenkosten beim Immobilienkauf senken • GdW fordert Ende der Debatte: Bundeskabinett beschließt Mietrechtsänderungen • Solarspeicher: Bis zu 7.000 € Zuschuss im 1.000-Speicher-Programm • Gutachten: Mietpreisbremse muss abgeschafft werden • Vermietung an Angehörige: Vorsicht, Steuerfalle!

Fragen & Antworten 231

Sturm zerstört Fensterscheibe: Muss ist reparieren? • Datenschutz-Grundverordnung: Mieterliste für die Bank? • Neue Gasetagenheizung: Modernisierung oder nicht? • Fensterverschlüsse ölen: Auf den Mieter umlegbar? • „Klammer“ Nachmieter: Vertragsfortführung oder nicht? • Wohnungsumwandlung: Welche Schritte sind zu gehen?

Recht kurz & bündig 233

Unterschiedliche Ausstattung zur Verbrauchserfassung: Ohne Messung durch Wärmezähler – Differenzberechnung unzulässig • Mangelbeseitigung: Das „Wie“ entscheidet nur der Vermieter • Mieter verursachte Schimmelbefall und Lackschäden: Schadensersatzanspruch ohne Fristsetzung

Recht & Praxis 235

Mietnomaden: Was kann ich als Vermieter tun?

Bücher & Software 236

Rund um Haus & Garten 237

Pflege Tipps vom Experten: Das Gartenjahr in Herbst und Winter • Was kostet der Schlüsseldienst? Verbraucherzentrale klärt auf • Fluchtweg kann zur Todesfalle werden: DEKRA warnt vor nachlässigem Verhalten beim Brandschutz • Planen – Kaufen – Installieren: Mit sechs Schritten zum heimischen Kaminfeuer • Welche Möglichkeiten gibt es? Finanzielle Unterstützung beim Einbruchschutz • Digitale Angebote: Verbraucherschutz in ländlichen Regionen ausgeweitet • Achtung: Ungewollter Energieanbieterwechsel! Verbraucherzentrale warnt vor „selbständigen Energiekostenberatern“ • Die (Groß-) Stadt lebt: Ungebetene Haustiere fernhalten • Konfliktpotential: Schadstoffbelastungen – Rechte von Mietern und Eigentümern

Aus den Vereinen 243

Landesverband Brandenburg: Treffen mit Politik • **Eberswalde:** Einladung zur Jahreshauptversammlung 2018 • Szenen einer Sprechstunde • **Erkner:** Veranstaltungshinweise für Oktober/November • **Ostprignitz-Ruppin:** Sommertreffen mit Bootskorso

Impressum 240

Titelfoto: JamesDeMers/Pixabay

## KOMMENTAR



### SPD ist nicht die Partei der Eigentümer

Was wir schon immer ahnten, haben wir nun schwarz auf weiß

Von Lars Eichert, Landesvorsitzender Haus & Grund Brandenburg

Noch im August hatte ich im Leitartikel den Verdacht geäußert, dass die SPD das Wohnen zur Miete höher schätzt als das Wohnen in den eigenen vier Wänden. Nun hat die SPD es über ihren Twitter-Account im Bundestag öffentlich bestätigt: „Die SPD ist nicht die Partei der Interessen der Eigentümer ... Wir sind die Vertretung derer, die im DMB-Mieterbund organisiert sind! 40 % des Einkommens für die Miete ausgeben zu müssen, ist nicht akzeptabel. Wir werden das stoppen!“

Liebe Damen und Herren der SPD, haben Sie sich das auch reiflich überlegt? Oder ist das einfach mal wieder mit der Erwartung großer Außenwirkung ausposaunt, weil Sie sich den Mietern als vermeintliche Klientel für die nächste Wahl an den Hals werfen wollen? Anscheinend wollen Sie dem Mieter mit dem gleichen leeren Versprechen wie bei der Mietpreisbremse nun ein Mietenstopp versprechen. Den Eigentümer als Vertreter des Kapitals kann man ja ruhig mal vor den Kopf stoßen, der hat ja genug Geld und stopft sich nur die Taschen mit der Miete voll. So ist anscheinend der Kenntnisstand der SPD. Abgesehen davon, dass die SPD damit den vielen Wohnungssuchenden einen Bärendienst erweist, weil dann wohl niemand mehr Wohnungen baut, verkennt sie mit dieser Aussage viele Tatsachen.

Es sei daher das eine oder andere klargestellt: Erstens weist das Statistische Bundesamt für Deutschland im Jahr 2014 eine Eigentumsquote von 45,5 % aus. Mit der obigen Aussage verabschiedet sich die SPD nicht nur von dem Anspruch, eine Volkspartei zu sein, diese Aussage verkennt auch ansonsten völlig die Tatsachen. Würde die SPD sich für die im DMB organisierten Mieter engagieren, würde sie den Wohnungsbau und den Erwerb von Eigentum fördern, denn viele Mieter träumen den Traum vom eigenen Haus oder einer eigenen Wohnung und sind nur notgedrungen Mieter. Auch dem Klischee des reichen Vermieters muss ich energisch widersprechen. Von den privaten Vermietern haben rund 22 % ein monatliches Nettohaushaltseinkommen, das unterhalb des Medians der Bevölkerung liegt, und 53 % der Vermieter erzielen jährliche Nettomieteinnahmen von weniger als 5.000 €.

Zweitens sind wir von 40 % des Einkommens für die Miete doch sehr weit entfernt. Oder möchte die SPD jetzt vortragen, sie habe doch vor einer solchen Aussage erst alles vom Einkommen abgezogen, was der Staat mit Steuern, Sozialabgaben, kommunalen Abgaben etc. vom Einkommen einbehält? Selbst dann stimmt die Aussage nicht. Nach Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft gaben die Deutschen 1996 durchschnittlich 20,6 % ihres Einkommens für die Miete aus, 2006 waren es 23,8 %, und 2016 sind es 22,3 % gewesen. Und auch den meisten Mietspiegeln kann man entnehmen, dass die Mieten im Bestand sehr moderat, und zwar unter der Inflation steigen. Deutlich stärker steigen die Neubaumieten – aufgrund ständig wachsender Anforderungen, die die Politik für die Neubauten aufstellt.

Liebe Damen und Herren der SPD, stoppen Sie solchen Unfug und machen Sie ordentliche Politik!